

**STATISTISCHES BUNDESAMT**

**BERICHT**

über die

**28. Tagung des Statistischen Beirats**

**2. Juni 1981 — Wiesbaden**

Bericht

über die 28. Tagung des Statistischen Beirats

am 2. Juni 1981

Anwesende

Präsident Kroppenstedt (Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--	-------------------------	-----------

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Rost	Bundeskanzleramt	Bonn
Pohl	Bundesministerium des Innern	Bonn
Dr. Friebe	Bundesministerium der Finanzen	Bonn
Dr. Kolfenbach	Bundesministerium für Wirtschaft	Bonn
Dr. Lohmann	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn
Dr. Berié	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	Bonn
Dr.Dr. Juschka	Bundesministerium der Verteidigung	Bonn
Frau Krämer	Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit	Bonn
Legat	Bundesministerium für Verkehr	Bonn
Detjen	Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Menge	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bonn
Frau Bolle	Bundesministerium für Forschung und Technologie	Bonn
Dr. Freund	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft	Bonn
Dr. Langerbein	Bundesministerium für wirtschaft- liche Zusammenarbeit	Bonn

Gade	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/Main

Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Koop	Niedersächsisches Landesverwaltungs- amt - Statistik	Hannover
Hannemann	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Vorschulte	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Steppuhn	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Dr. Weis	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Wingen	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Sproß	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Appel	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin (West)

Vertreter der Verbände und Organisationen

Wimmer	Deutscher Städtetag	Köln
Dr. Meichsner	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Simon	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Freitag	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Kriegbaum	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Krüger	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Matenaar	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn

Venohr	Gesamtverband der Versicherungs- wirtschaft e.V.	Wiesbaden
Frau Schott	Arbeitsgemeinschaft Energie	Bonn
Bretschneider	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Grabner	Bundesverband der Freien Berufe	Bonn
Wergles	Ständige Konferenz der Hauptgeschäfts- führer der Verbände des Verkehrs	Köln
Nienhaus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V.	Köln
Dr. Markmann	Wirtschafts- und Sozialwissenschaft- liches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI)	Düsseldorf
Görlich	Wirtschafts- und Sozialwissenschaft- liches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI)	Düsseldorf
Frau Schrader	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Dr. Geißendörfer	Deutscher Bauernverband	Bonn
Prof. Dr. Krenzel	Deutsches Institut für Wirtschafts- forschung	Berlin (West)
Prof. Dr. Schwenzner	Präsidialausschuß Marktforschung	Frankfurt/Main
Prof. Dr. Gülicher	Universität Münster	Münster
Wolf	Universität Gießen	Gießen
Semrau	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.	Essen

Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. König	Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Mohr	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder	Bonn

Statistisches Bundesamt

Dr. Hamer; Dr. Streit, Dr. Bürgin, Zindler, Prof. Sobotschinski, Frau Dr. Brandner,  
Schlüter, Gerhardt, Herberger; Gruppenleiter

Tagesordnung

	Seite
I. Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1976 bis 1981 .....	2
II. Maßnahmen auf dem Gebiet "Amtliche Statistik und Öffentlichkeit" .....	6
III. Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik	
1. Stand der Vorbereitungen für die Volkszählung 1982 .....	8
2. Neuordnung des Mikrozensus .....	9
3. Umstellung der Indizes auf das Basisjahr 1980 .....	11
4. Umstellung der Statistiken im Handel und Gastgewerbe .....	12
IV. Verschiedenes .....	14

## Bericht

Präsident Kroppenstedt eröffnet die 28. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer, darunter vor allem die neuen Beiratsmitglieder.

Als Vertreter der Hochschulen, um die der Statistische Beirat durch das neue Bundesstatistikgesetz erweitert worden ist, nehmen Prof. Dr. Gülicher von der Universität Münster und Herr Wolf, Kanzler der Universität Gießen, erstmals an einer Sitzung des Beirats teil.

Nachfolger von Herrn Gebauer, der dem Statistischen Beirat seit 1960 angehörte und nun in den Ruhestand getreten ist, als Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist Regierungsdirektor Dr. Langerbein. Als neuen Leiter des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und Nachfolger von Prof. Dr. Szameitat stellt Herr Kroppenstedt Prof. Dr. Wingen vor. In den Ruhestand getreten ist auch Dr. Scheingraber, der Leiter des Bayerischen Statistischen Landesamtes. Herr Sproß und Herr Appel nehmen erstmals in ihrer Funktion als Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes bzw. des Statistischen Landesamtes Berlin an der Beiratssitzung teil. Der Bundesverband der Freien Berufe wird künftig von Herrn Dr. Grabner vertreten.

Herr Kroppenstedt nimmt die Beiratstagung zum Anlaß, allen Beiratsmitgliedern für ihre konstruktive Mitarbeit, vor allem in den zahlreichen Fachausschüssen und Arbeitskreisen des Statistischen Beirats zu danken.

Zur Tagesordnung übergehend erinnert Herr Kroppenstedt daran, daß der allgemeine Überblick über die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, wie er unter dem Tagesordnungspunkt I vorgesehen ist, auch dem Benutzer Gelegenheit bietet, seine Vorstellungen und Wünsche zur Gestaltung des statistischen Programms zu äußern. Trotz der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte, die einem weiteren Ausbau des statistischen Programms enge Grenzen setzt, bleiben eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten, die auch ohne Haushaltsmehrbelastung zu realisieren sind.

## I. Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1976 bis 1981

Zu diesem Thema hat das Statistische Bundesamt eine Veröffentlichung vorgelegt, in der ein Überblick über Schwerpunkte und ausgewählte Probleme der statistischen Arbeit in den letzten fünf Jahren und wichtige neue Vorhaben gegeben wird.

In seiner Einführung faßt Dr. Bürgin noch einmal die Rahmenbedingungen für die Arbeit der amtlichen Statistik in den nächsten Jahren zusammen. Einem weiter zunehmenden Informationsbedarf, dessen Ursachen sowohl im staatspolitischen als auch im soziologischen Bereich zu suchen sind, steht eine auch weiterhin stark angespannte Situation der öffentlichen Haushalte gegenüber; zudem scheinen die Grenzen der Belastung der Bürger durch administrative Anforderungen erreicht zu sein. In Abstimmung mit der Haushalts- und Finanzplanung wird die Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik daher von Bestrebungen geprägt sein, die Programmplanung systematisch weiterzuführen und gleichzeitig das bestehende Programm auf Möglichkeiten zur Straffung zu überprüfen, die Belastung der Auskunftspflichtigen zu reduzieren und die Datengewinnung aus Verwaltungsunterlagen auszubauen. Eine Abwägung des Interessengegensatzes zwischen wachsenden Anforderungen auf der einen Seite und der Forderung nach einer sehr weitgehenden Reduzierung des statistischen Programms auf der anderen setzt einen Konsens aller beteiligten Gruppen über die erforderlichen Prioritäten voraus. Da eine Prioritätensetzung unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten auf dem Gebiet der Statistik nicht anwendbar ist, bleibt nur der Weg, wie ihn der Abteilungsleiterrausschuß Statistik beschritten hat, der die aktuelle und künftige politische Bedeutung der Statistiken in den Vordergrund stellte und die Kostenfrage in einem vergleichsweise losen Zusammenhang mit interdependenten Nutzenfragen sah.

Bei der Verabschiedung des 1. Statistikbereinigungsgesetzes haben die parlamentarischen Gremien die Weiterarbeit des Abteilungsleiterrausschusses Statistik ausdrücklich befürwortet. Die Statistischen Ämter werden sich nach Kräften bemühen, die Beratungen durch fachliche Empfehlungen zu fördern, und haben eigens zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms der Bundesstatistik eingesetzt.

Neben einem bedarfsgerechten statistischen Programm und dem für Befragte und Statistische Ämter rationellsten Weg der Datengewinnung wird ein entscheidender Schwerpunkt der Bemühungen der Statistischen Ämter in den achtziger Jahren darin liegen, die benutzergerechte Darbietung statistischer Ergebnisse fortzusetzen und zu intensivieren.

Auf Frage von Dr. Freitag nach neuen Anforderungen aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaften antwortet Dr. Hamer, daß auch hier eine Phase der Konsolidierung eingetreten sei. Das Schwerkraft der künftigen Weiterentwicklung des Programms wird auf der Harmonisierung bestehender Statistiken liegen. Kennzeichnend dafür sei, daß im Vordergrund der Beratungen über das Fünfte statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften 1981 bis 1987 die Aktualisierung der Ergebnisbereitstellung und die Verbesserung der Datendarbietung gestanden haben.

Dr. Kolfenbach zeigt in einem Abriß der Entwicklung der Wirtschaftsstatistik auf, wie diese - beginnend mit dem Aufbau kurzfristiger, der Konjunktur- oder Wirtschaftsbeobachtung dienender Indikatoren, die die wichtigsten Aggregate für die bedeutendsten Sektoren der Wirtschaft nachweisen sollen, über die Zusammenfassung dieser laufenden Wirtschaftsvorgänge in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bis hin zur Untersuchung des langfristigen Strukturwandels in der Wirtschaft im Rahmen der Strukturberichterstattung - immer stärker in ein Gesamtsystem integriert wurden. Die Ziele der Strukturberichterstattung stellen hohe Anforderungen an die Qualität des statistischen Ausgangsmaterials; diese Qualität zu sichern muß vordringliches Anliegen der Statistischen Ämter sein.

Dr. Hanau betont, daß die kurzfristigen Statistiken auch für sich genommen nicht an Bedeutung verloren haben. Um die mit einer Umstellung dieser Statistiken auf neue Konzepte verbundenen Unsicherheiten auszuräumen und einen Kompromiß zwischen Kontinuität und Aktualität zu finden, spricht er sich für weitgehende Vergleichsaufbereitungen aus.

Aus der Sicht der Wirtschaftsforschung spricht Prof. Krengel seine Anerkennung für die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke

der Strukturberichterstattung aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist er auf die Schwierigkeiten hin, die solche Umstellungen den Konsumenten bereiten. Ein Beitrag zur Benutzerfreundlichkeit wäre es nach seiner Auffassung, diese Umstellungen nach Möglichkeit zu beschränken. Herr Appel wendet ein, daß die Umstellungen ihre Ursache in den Forderungen der Konsumenten nach größerer Aktualität der Statistiken haben.

Bei der anstehenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geht es, wie Dr. Hamer erläutert, um die Einarbeitung neuen statistischen Ausgangsmaterials, insbesondere aus den neuen Statistiken im Produzierenden Gewerbe und aus größeren Zählungen, wie der Handwerkszählung 1977, der Handels- und Gaststättenzählung u.a., die Einführung der Preisbasis 1976 für die Berechnungen in konstanten Preisen und - in methodischer Hinsicht - den Übergang von der Bruttoverbuchung der Umsatzsteuer auf das Netto-system. Die Einführung des Nettosystems, das auch die betriebswirtschaftliche Praxis besser berücksichtigt, entspricht sowohl den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften als auch nationalen Belangen, insbesondere im Zusammenhang mit einem detaillierten Nachweis der Entstehungsrechnung für Zwecke der Strukturberichterstattung. Um den Instituten rechtzeitig für die Strukturberichterstattung zur Verfügung zu stehen, müssen die revidierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Zeitraum 1960 bis 1980 spätestens Mitte 1982, die Anschlußangaben für 1981 spätestens Mitte 1983 zur Verfügung stehen. Dies setzt voraus, daß die Ausgangsstatistiken, insbesondere die Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik und der Investitionserhebung im Produzierenden Gewerbe, die für die detaillierten Berechnungen für Wirtschaftsbereiche erforderlich sind, rechtzeitig vorliegen. Voraussetzung für die Einhaltung der vorgesehenen Termine ist, daß die Ergebnisse der Investitionserhebung 1980 bis Ende Dezember 1981, die entsprechenden Angaben für 1981 bis Ende Dezember 1982 im Statistischen Bundesamt vorliegen, damit die Hochrechnung der Kostenstrukturerhebung für diese Jahre rechtzeitig abgeschlossen werden kann. Sollte erkennbar sein, daß die Ergebnisse der Investitionserhebung nicht vollständig vorliegen, muß ersatzweise auf die Angaben über Umsätze und Beschäftigte aus der monatlichen Unternehmensstatistik zurückgegriffen werden können.

Angesichts der Bedeutung der Strukturberichterstattung spricht sich der Statistische Beirat nachdrücklich für eine Beschleunigung der Ergebnisbereitstellung aus. Präsident Kroppenstedt weist darauf hin, daß eine Verbesserung der Aktualität der Statistik das beste Argument für das Ansehen der amtlichen Statistik in der Öffentlichkeit sei.

Angesichts der Grenzen, die einem weiteren Ausbau der Bildungsstatistiken gesetzt sind, sieht Dr. Freund den Schwerpunkt der künftigen Arbeiten bei einer Verbesserung der Datendarbietung. Der Weg einer verstärkten Aktualisierung mit Hilfe vorläufiger Zahlen sollte konsequent weiterverfolgt und auch Datenmaterial von anderen Stellen einbezogen werden. Bei den Veröffentlichungen hält er auf lange Sicht eine Einschränkung der Standardveröffentlichungen zugunsten neuer Medien für angebracht.

Dr. Rohmann warnt davor, bei den weiteren Überlegungen zum Ausbau des statistischen Programms die sich abzeichnenden Grenzen der Belastbarkeit der Auskunftspflichtigen außer acht zu lassen. Auf die von Dr. Kolfenbach angesprochene Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung eingehend, weist Prof. Wingen in seiner Eigenschaft als Vertreter der Statistischen Landesämter auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen darauf hin, daß die Ausstattung der Statistischen Landesämter für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen äußerst beschränkt ist und dringend der Verbesserung bedarf. Dr. Kolfenbach sichert seine Unterstützung für eine entsprechende Empfehlung des Bundesministeriums für Wirtschaft zu.

Die Ausführungen von Prof. Krengel, der es für unangebracht hält, nach äußerster Genauigkeit bei den Wirtschaftsstatistiken zu streben, wenn auf der anderen Seite wichtige Eckzahlen über die Bevölkerung, die Wohnungen usw. fehlen, aufgreifend, spricht sich Dr. Freitag unter Hinweis auf die traditionellen Aufgaben des Statistischen Beirats für ein Votum zur Verbesserung der Terminalsituation und zum Fehlen wichtiger Basisinformationen aus. Er wird darin von Herrn Appel unterstützt, der vorschlägt, eine Presseerklärung des Statistischen Beirats zur Notwendigkeit der Volkszählung abzugeben (siehe hierzu unter III. 1.).

Die Diskussion zusammenfassend führt Herr Kroppenstedt aus, daß die aufgezeigten Gesichtspunkte bei den weiteren Arbeiten berücksichtigt werden sollen.

## II. Maßnahmen auf dem Gebiet "Amtliche Statistik und Öffentlichkeit"

In seiner Einführung erläutert Dr. Bürgin, daß nach der umfassenden Diskussion des Themas "Amtliche Statistik und Öffentlichkeit" auf der letzten Tagung des Statistischen Beirats Übereinkunft bestand, auf der nächsten Beiratstagung über die konkreten Maßnahmen, und zwar sowohl hinsichtlich der Einschränkung der Belastungen durch die Bundesstatistik, der benutzergerechten Bereitstellung statistischer Ergebnisse als auch der Öffentlichkeitsarbeit im engeren Sinne, d.h. der Kontakte zu publizistischen Medien, zu berichten. Aus der ausführlichen Besprechungsunterlage über die im vergangenen Jahr realisierten oder eingeleiteten Maßnahmen weist er beispielhaft auf einige Verbesserungen bei der Bereitstellung statistischer Ergebnisse hin. Die Ausführungen von Dr. Freund über die Konkurrenz zwischen der Nutzung neuer Medien und dem klassischen Veröffentlichungswesen aufgreifend, bittet Dr. Bürgin um weitere Anregungen des Statistischen Beirats. Bei der Öffentlichkeitsarbeit im engeren Sinne, der eine Schlüsselrolle für die Vertrauenswerbung der Statistischen Ämter zukommt, lag das Schwergewicht der Arbeiten, wie Dr. Bürgin ausführt, bei einer Personalisierung der Maßnahmen und einer aktuellen und lockeren Gestaltung der Presseinformationen. Herr Kroppenstedt macht darauf aufmerksam, daß es sich bei den aufgeführten Maßnahmen nur um solche des Statistischen Bundesamtes handelt; nicht berücksichtigt sind die außerordentlichen Anstrengungen, die von seiten der Länder u.a. bei der Gestaltung der Publikationen, auf dem Gebiet der Statistikbereinigung und bei der Nutzung moderner Technologie unternommen worden sind.

Dr. Hruschka berichtet über eine Pressekampagne zum Mikrozensus, die eine teilweise erschreckende Resonanz der Öffentlichkeit gezeigt hat, und weist auf die Konsequenzen zunehmender Antwortverweigerungen für die Aktualität der Statistiken hin. Im Licht dieser Erfahrungen hält er ein abgestimmtes Vorgehen bei der Öff-

fentlichkeitsarbeit für die Volkszählung für vordringlich. Dr. Bürgin erläutert, daß der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit nach dem Scheitern des Volkszählungsgesetzes im vergangenen Jahr seine Arbeiten bis auf weiteres zurückgestellt hat; es sei jedoch beabsichtigt, sie sofort wieder aufzunehmen, sobald Klarheit über den weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens besteht. Die Grundsätze für die Öffentlichkeitsarbeit sowie ausgewählte Maßnahmen, wie z.B. der Austausch umfangreicher Pressemappen mit den Statistischen Landesämtern, stehen bereits fest.

Besondere Schwierigkeiten sieht Dr. Mohr (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein) darin, die Motivation von Auskunftspflichtigen, die zu mehreren Erhebungen herangezogen werden oder stets total zu erfassen sind, zu erhalten. An die Vertreter der Wirtschaftsverbände im Statistischen Beirat richtet er die Bitte, ihren Mitgliedern gegenüber auf Nutzen und Wert der statistischen Informationen hinzuweisen.

Dr. Freitag zeigt Verbesserungsmöglichkeiten für einige besonders häufige Kritikpunkte von Auskunftspflichtigen auf. So sollte z.B. bereits im Anschreiben auf die zeitliche Begrenzung der Auskunftspflicht sowie auf die Geheimhaltungsregelungen hingewiesen werden, da die entsprechenden Passagen im Fragebogen oft nicht gelesen werden. Ferner sollten die Statistischen Ämter in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf das vielfach gebrauchte Argument einer Überwälzung von Verwaltungsaufgaben des Staates auf die Wirtschaft eingehen.

Herr Steppuhn vertritt die Auffassung, daß Auskunftsverweigerungen nie ganz auszuschließen sind. Besondere Anstrengungen sollten deshalb bei der Schulung von Interviewern und der Entwicklung von Methoden zur Überbrückung von Antwortausfällen unternommen werden.

Herr Nienhaus erkundigt sich nach den Vorkehrungen, Falschinterpretationen beim Umgang mit Daten aus dem Statistischen Informationssystem des Bundes, z.B. aufgrund fehlenden Hintergrundwissens der Benutzer, zu verhindern. Herr Kroppenstedt stellt heraus, daß dies beim bisherigen Benutzerkreis aufgrund der umfassenden fachlichen Beratung eigentlich nicht vorkommen könnte; nicht auszuschließen sei dies jedoch bei Datenmaterial, das von kommerziellen Informationsanbietern weitergegeben würde.

Außerdem läßt das Datenmaterial der amtlichen Statistik, worauf Prof. Dr. Schwenzner hinweist, solche Fehlschlüsse in weitaus geringerem Umfang zu als z.B. Ergebnisse aus Meinungsumfragen.

Laut Herrn Legat sollte die in einem Sachverständigengutachten herausgestellte Untererfassung bei der Stichprobenerhebung im Güterkraftverkehr zum Anlaß genommen werden, verstärkt Nachkontrollen von Stichproben durchzuführen. Dr. Mohr (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein) weist darauf hin, daß für die Statistiken seit jeher Fehlerrechnungen durchgeführt werden; systematische Nachprüfungen der Ergebnisse aber wegen des damit verbundenen Aufwands nur vereinzelt erfolgten. Außerdem würden auf diese Weise häufigere Revisionen der Ergebnisse die Folge sein. Herr Pohl und Herr Kroppenstedt unterstreichen die Notwendigkeit, dem Problem nachzugehen, auch wenn es sich bei dem von Herrn Legat geschilderten Beispiel um einen Ausnahmefall handeln dürfte.

### III. Ausgewählte Fragen der amtlichen Statistik

#### 1. Stand der Vorbereitungen für die Volkszählung 1982

Einleitend berichtet Herr Herberger über das Schicksal des Volkszählungsgesetzes seit der letzten Beiratstagung und den aktuellen Stand der Beratungen. Verglichen mit der Situation vor einem Jahr haben sich die organisatorischen Ausgangsbedingungen für die Durchführung der Zählung erheblich verschlechtert. Damals waren die Vorbereitungen, insbesondere der Aufbau der Zählungsorganisation, in vollem Gange. Da keine Haushaltsmittel mehr bereitgestellt wurden, mußten diese Arbeiten inzwischen in den Statistischen Ämtern der Länder und vor allem in den Gemeinden weitgehend eingestellt werden. Auch die Kostensituation verschlechtert sich mit jeder weiteren Verschiebung der Zählung.

Aus der Sicht der Wohnungswirtschaft hielt Herr Nienhaus es für untragbar, wenn die Zählung nach langem Ringen um die Rechtsgrundlage schließlich an den praktischen Durchführungsmöglichkeiten scheitern würde. Da einer Kürzung des Frageprogramms zuerst die wohnungs- und gebäudestatistischen Fragen zum Opfer fielen, würde er es begrüßen, wenn die Wohnungszählung - ebenso wie die Wohnungsstichprobe - als eigenständige

Vorhaben durchgeführt würden. Im Hinblick auf die engen Zusammenhänge zwischen Haushalten und Wohnungen würde Prof. Dr. Schwenzner ein solches Vorgehen bedauern.

Herr Kroppenstedt hält es für angebracht, jetzt nicht das Konzept der Zählung in Frage zu stellen, sondern alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, das Vorhaben wie vorgesehen zu verwirklichen. Der Statistische Beirat verabschiedet anschließend die als Anlage beigefügte Pressemitteilung.

## 2. Neuordnung des Mikrozensus

Herr Herberger gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung des Mikrozensus und die Überlegungen zu seiner Fortführung nach Auslaufen der derzeit gültigen Rechtsgrundlage im Jahre 1981. Über seine Hauptaufgabe hinaus, in regelmäßigen kurzen Zeitabständen schnell, kostensparend und zuverlässig die wichtigsten Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten zu ermitteln, hat sich der Mikrozensus in den über 20 Jahren seines Bestehens zu einer unverzichtbaren Datenquelle entwickelt. Ziel des neuen Mikrozensus-Gesetzes sollte es sein, Flexibilität und Vielschichtigkeit seiner Erhebungs- und Auswertungsmöglichkeiten zu erhalten. Auf Frage von Herrn Wimmer erläutert Herr Herberger, daß bei der Gestaltung des neuen Auswahlplanes darauf geachtet werden soll, die Auswertungsmöglichkeiten in regionaler Hinsicht zu verbessern.

Bei den Vorschlägen zum Wegfall einzelner Tatbestände, zur Verringerung der Auswahlsätze und Verlängerung der Periodizität in der Besprechungsunterlage handelt es sich, wie Herr Kroppenstedt ausführt, um erste Überlegungen der Statistischen Ämter für die künftige Gestaltung der Erhebung.

Aus der Sicht des zuständigen Ressorts erklärt Herr Pohl, daß ein auch nach seiner Auffassung im Interesse der Kontinuität der Erhebungen wünschenswertes unbefristetes Gesetz wohl nicht erreichbar sei; möglich sei aber eine Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes. Auch den vorgesehenen Zeitplan, nach dem ein Referentenentwurf bis September 1981 vorliegen soll, hält er für nicht realisierbar. Zu seinem Einwand, daß bei dem neu aufzunehmenden Merkmal "Rückkehrabsicht" bei Ausländern keine

plausiblen Ergebnisse zu erwarten sind, weist Prof. Dr. Wingen darauf hin, daß eine solche Zusatzbefragung in Baden-Württemberg mit Erfolg durchgeführt wird.

Kein dringender politischer Bedarf besteht aus der Sicht des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, wie Dr. Berié auf Frage von Herrn Kroppenstedt und Dr. Mohr (KMK) ausführt, an der Beibehaltung des Merkmals "Sprachkenntnisse".

Zu den von Prof. Dr. Wingen zur Diskussion gestellten Möglichkeiten, wie höhere Auswahlätze für die Länder gesetzlich verankert werden können, spricht sich Herr Pohl für die Schaffung einer landesrechtlichen Grundlage aus.

Dr. Mohr (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein) regt an, die Notwendigkeit der Fragen zur Gesundheit, die in starkem Maße in die Persönlichkeitssphäre der Befragten eingreifen, und der Erfassung des Namens, gegen die häufig datenschutzrechtliche Bedenken geltend gemacht werden, zu überdenken.

Herr Nienhaus wiederholt seine Bedenken gegen eine gemeinsame Durchführung von Wohnungsstichprobe und Mikrozensus, solange der Stichprobenplan auf den Mikrozensus abgestellt ist. Die Erhebung 1978 hat, wie Dr. Mohr (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein) ausführt, die Probleme einer solchen Kopplung deutlich gemacht, wie den Umfang des Frageprogramms und die Abweichungen beim Vergleich mit Daten aus vorangegangenen Erhebungen bzw. mit Zahlen der Bautätigkeitsstatistik. Herr Herberger hält dem entgegen, daß eine gemeinsame Durchführung aus Gründen der Kostenersparnis, der rationellen Auslastung der Erhebungsorganisation, der umfassenden kombinierten Auswertungsmöglichkeiten sowie einer geringeren Belastung der Auskunftspflichtigen sinnvoll ist. Von der Anlage des Mikrozensus-Auswahlplanes her und bei richtiger Anwendung dürften Erfassungslücken größeren Umfangs gar nicht auftreten. Auch soll die Rechtsgrundlage so gestaltet werden, daß in den Jahren gemeinsamer Durchführung eine Abstimmung des Umfangs des Mikrozensus mit dem Umfang der Wohnungsstichprobe erfolgen kann.

Die Diskussion abschließend weist Herr Menge auf das Problem hin, daß durch ein Scheitern des Volkszählungsgesetzes unter Umständen keine neue Auswahlgrundlage für den Mikrozensus mehr zur Verfügung stehen wird.

### 3. Umstellung der Indizes auf das Basisjahr 1980

Einleitend legt Dr. Hamer noch einmal die Gründe dar, die für die Wahl des Jahres 1980 als gemeinsames Basisjahr für alle Indizes sprechen. Mit einem Übergang auf ein neues Basisjahr sollen die Indexberechnungen an veränderte Preis- bzw. Mengenrelationen angepaßt und damit den mittelfristigen Wandlungen in der Wirtschafts- und Verbrauchsstruktur Rechnung getragen werden. Da die einzelnen Indizes mit wachsender zeitlicher Entfernung vom Basisjahr zunehmend unrealistischer werden, kann nur durch Umbasierungen in relativ kurzen Zeitabständen die Aktualität und der Aussagewert der Indizes erhalten werden. Besonders dringend ist die Umbasierung der Produktionsindizes im Bereich des Produzierenden Gewerbes, wo bei der Umstellung auf das Basisjahr 1976 nur eine Behelfslösung vorgenommen wurde und jetzt - als letzter Schritt der Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe - eine grundlegende Neuordnung der Indizes erfolgen soll. Für die Konsumenten hat das einheitliche Basisjahr 1980 auf nationaler und internationaler Ebene den entscheidenden Vorteil, daß es zusätzlichen Arbeitsaufwand und methodische Schwierigkeiten bei der Analyse und Weiterverarbeitung statistischer Ergebnisse vermeidet. Eine Revision der Entscheidung zugunsten des Jahres 1981 ist ebenfalls nicht erforderlich, da es als Basisjahr deutlich weniger geeignet ist.

Auf den Preisindex für die Lebenshaltung eingehend ergänzt Dr. Hamer, daß hier, wie bei den anderen Indizes, nach Erörterungen mit den Statistischen Landesämtern eine echte Neuberechnung vorgenommen werden soll. Wenn auch nur geringe Unterschiede in den Veränderungsraten gegenüber den Indizes auf Originalbasis 1976 zu erwarten sind und der Aufwand der Neuberechnung erheblich ist, sollte man nicht riskieren, durch Anwendung eines vereinfachten Verfahrens Zweifel an der Zuverlässigkeit der Indizes aufkommen zu lassen.

Diese Entscheidung wird von den Beiratsmitgliedern einhellig begrüßt. Dr. Markmann weist auf die Bedeutung dieser Indizes für die Einkommenspolitik hin und warnt vor der negativen Reaktion, die ein "manipulierter" Index in der Öffentlichkeit auslösen könnte. Dr. Kolfenbach und Dr. Vogt schließen sich diesen Ausführungen mit dem Hinweis an, daß die politische Bedeutung der Preisindizes für die Lebenshaltung den erheblichen Aufwand einer Neuberechnung in jedem Fall rechtfertigt.

Aus der Sicht der Statistischen Landesämter schildert Prof. Dr. Wingen die mit der Umstellung verbundenen arbeitsmäßigen Probleme. Dr. Mohr (Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein) erinnert daran, daß eine Reihe von Konsumenten im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die durch eine Indexumbasierung bei der Auslegung von Wertsicherungsklauseln auftreten können, kein Verständnis für häufige Indexumbasierungen zeigt.

Von seiten der internationalen Organisationen wird, wie Dr. Hamer auf Frage von Prof. Dr. Kregel erläutert, eine Indexumbasierung in fünfjährigen Abständen angestrebt.

Dr. Kolfenbach macht auf die Gefahr von Mißdeutungen im Zusammenhang mit den angestrebten Verfahren zur arbeitstäglichen Bereinigung des Auftragseingangsindex und zur Deflationierung des Auftragsbestandsindex aufmerksam. Aus der Sicht der Deutschen Bundesbank begrüßt Dr. Hanau diesen Versuch des Statistischen Bundesamtes, da eine einheitliche Berechnung vorteilhafter ist als wenn von den Konsumenten individuelle Verfahren angewendet werden.

Die Diskussion zusammenfassend dankt Herr Kroppenstedt insbesondere den Leitern der Statistischen Landesämter, daß sie sich trotz der damit auf sie zukommenden Arbeitsbelastung der Notwendigkeit einer Umbasierung der Preisindizes nicht verschlossen haben.

#### 4. Umstellung der Statistiken im Handel und Gastgewerbe

Frau Dr. Brandner geht in ihrem Bericht über den Stand der Arbeiten an der Umstellung des Berichtssystems im Handel und Gastgewerbe zunächst noch einmal auf die Ursachen für die bei

der Handels- und Gaststättenzählung aufgetretenen Verzögerungen ein. Neben unerwarteten Mängeln im Anschriftenmaterial war hierfür vor allem der Wunsch verantwortlich, im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 zu einer Totalerfassung aller Unternehmen des Handels und Gastgewerbes zu kommen, die sich als sehr arbeitsaufwendig herausstellte. Seit Mitte Mai - also fast ein Jahr nach dem vorgesehenen Termin - liegen nunmehr aber die endgültigen Unternehmensergebnisse von allen Statistischen Landesämtern im Statistischen Bundesamt vor, so daß mit der Erstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse - zunächst für Unternehmen, anschließend für Arbeitsstätten - begonnen werden kann.

Wie schon bei den vorangegangenen Handels- und Gaststättenzählungen ergaben sich auch diesmal wieder zum Teil erhebliche Abweichungen im Vergleich zur Umsatzsteuerstatistik des entsprechenden Zeitraums. Sie haben ihre Ursache vor allem in der unterschiedlichen Abgrenzung der Erhebungseinheiten, des Umsatzes, im unterschiedlichen Zeitraum bzw. Stichtag der Erhebungen und unterschiedlichen Fassungen der Systematik.

Bei den Jahres- und Ergänzungserhebungen 1980 konnte trotz des fortgeschrittenen Stadiums des Erhebungsgeschäfts bisher nicht mit der maschinellen Aufbereitung begonnen werden, weil die Programme zur Durchführung der maschinellen Plausibilitätskontrollen noch nicht vorliegen. Das gleiche gilt für die Aufbereitung der monatlichen Erhebungen, die seit Januar 1981 termingerecht durchgeführt werden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß der vorgesehene Terminplan für die Umstellung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes auf das neue Berichtssystem nicht eingehalten werden konnte. Die Schwierigkeiten bei der Erstellung der ersten vorläufigen Unternehmensergebnisse, die Voraussetzung für das Ziehen der Stichprobe für die repräsentativen Jahres- und Monatserhebungen waren, setzten sich beim Erstellen der aufwendigen und komplexen Aufbereitungs- und Veröffentlichungsprogramme fort. Trotz aller Schwierigkeiten sind jedoch die Erhebungsarbeiten für die Jahres- und Ergänzungserhebungen 1980 (für 1979) sowie für die monatlichen Erhebungen noch zügig vorangekommen. Mit der Vorlage der ersten Ergebnisse für 1981 ist allerdings erst etwa im Oktober/November zu rechnen.

Anlage

zum Bericht über die  
28. Tagung des  
Statistischen Beirats

wiesbaden, den 2. juni 1981  
telef.: (06121) 75-2163

mitteilung an die presse

volkszaehlung unverzichtbar

175/81

der statistische beirat, der das statistische bundesamt in methodischen und technischen fragen der statistik beraet, hielt am 2. juni 1981 seine jahrestagung in wiesbaden ab. dieses gremium, das auftraggeber, produzenten und konsumenten der bundesstatistiken vereint, ercoerterte grundsatzfragen des statistischen programms und seiner weiterentwicklung. in diesem zusammenhang betonte es die zentrale bedeutung, erstmals seit mehr als 10 jahren wieder die wichtigsten eckdaten ueber den bestand, die raeumliche ver- teilung und strukturmerkmale der einwohner, haushalte, gebaeude, wohnungen und arbeitsstaetten zeitnah zu erheben. es erneuerte seinen appell an die politisch verantwortlichen, die anstehenden parlamentarischen beratungen ueber den neuen gesetzentwurf fuer die volks-, wohnungs- und arbeitsstaettenzaehlung 1982 zuegig zu einem erfolgreichen abschluss zu bringen, da ohne diese dringend erforderliche zaehlung die aussagefaehigkeit der amtlichen statistik in zentralen bereichen in unertraeglicher weise beeintraechtigt wird und damit wichtige planungen auf bundes-, laender- und gemeindeebene wegen fehlender ausgangsdaten unmoeglich werden. der beirat unterstrich, dass diese zaehlung unverzichtbar ist und bleibt, da die informationen auf keinem anderen wege bereitgestellt werden koennen.

statistisches bundesamt  
gez.: kroppenstedt +++

#### IV. Verschiedenes

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Besprechungsunterlagen über den Stand der Rechtsgrundlagen und die Beirats- und Fachausschußarbeit nimmt der Statistische Beirat zur Kenntnis.

Im Hinblick auf die Verzögerungen beim Erlaß der Abwasserschädlichkeitsverordnung richtet Herr Kroppenstedt an alle Ressorts die Bitte, für einen rechtzeitigen Erlaß von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik Sorge zu tragen, u.a. um die Auskunftspflichtigen frühzeitig über die auf sie zukommenden Anforderungen informieren zu können.

Der Statistische Beirat beschließt, den Arbeitskreis "Allgemeine Fachfragen der Statistik", der seit seiner Einrichtung im Jahre 1969 noch nie getagt hat, und den Ausschuß für die Statistik des Bildungswesens, dessen Aufgaben schon seit längerem auf andere Gremien übergegangen sind, aufzulösen. Hinsichtlich des Arbeitskreises "Rechtsfragen der Statistik" stimmt er der Empfehlung der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu, ihn mit dem bestehenden Arbeitskreis "Rechtsfragen" der Statistischen Landesämter zu verschmelzen.

Zu der Vorschau auf die Tagungstermine der Beirats- u.ä. Gremien 1981 betonen Dr. Berié und Dr. Kolfenbach den Wunsch ihrer Ressorts nach einer Intensivierung der Arbeiten des Fachausschusses "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen". Dr. Hamer erläutert, daß die derzeitige Arbeitsüberlastung eine Tagung nicht möglich gemacht hätte und stellt eine Fachausschußsitzung nach Abschluß der Revision im Herbst 1982 in Aussicht.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder für ihre zahlreiche Teilnahme, die rege Beteiligung an der Diskussion sowie für die vielfältigen Anregungen schließt Herr Kroppenstedt die 28. Tagung des Statistischen Beirats. Im Anschluß an die Tagung fand eine Vorführung von "Bildschirmtext" mit der großen Demonstrationsanlage der Deutschen Bundespost statt.